
Leistbares Wohnen

*Länge: 20 Zeilen a 66 Anschläge, 1'320 Zeichen (mit Leerzeichen), Status: 1'322
Expertenforum Kronenzeitung*

*Christian Keuschnigg ist Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen
und leitet das Wirtschaftspolitische Zentrum in Wien.*

Staat und Privat müssen zusammenspannen, damit Wohnen leistbar bleibt. Der Staat ist für die Stadtplanung, die Erschließung von Bauland und die städtische Infrastruktur zuständig. Die Wirtschaft baut Wohnungen und vermietet oder verkauft zu Marktpreisen.

Der Staat muss für fairen Wettbewerb sorgen. Eine scharfe Konkurrenz legt den Miethaien ganz von selbst das Handwerk. Eines kann der Wettbewerb nicht verhindern. Wenn Wohnen wegen starkem Zuzug knapp wird, steigen die Preise. Das ist das Signal, neuen Wohnraum zu bauen und mit dem Bestand sparsam umzugehen, damit sich die Lage wieder entspannt.

Mietzinsobergrenzen und vergünstigte Mieten von Gemeindewohnungen sind mehrfach schädlich. Sie bremsen den privaten Wohnbau gerade dann, wenn er am dringendsten ist. Wie ein Bumerang fallen sie auf die Mieter zurück, weil die Preise steigen, wenn nicht gebaut wird. Sie erzeugen neue Ungerechtigkeiten. Der Eine bekommt eine verbilligte Wohnung, der andere nicht. Der Stadt entgehen dringendst benötigte Einnahmen, wenn sie unter dem Marktpreis vermietet.

Leistbares Wohnen ist ein Auftrag an die Politik. Gezielte Umverteilung erfolgt über Steuern oben und Einkommenszuschüsse unten. Steigen die Mieten stark an, sind die Zuschüsse an die Bedürftigsten anzuheben, um ihre Kaufkraft zu erhalten. Mehr auf www.wpz-fgn.com.